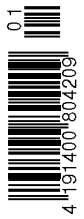


LE MONDE

diplomatie



Grauzone

unter der Sonne Kalabriens: Ambros Waibel über die Anti-Mafia-Bewegung in der Hochburg der 'Ndrangheta
► S. 2

Eisenoxid

und ein Hauch Türkis: Chase Madar über den Maler Kerry James Marshall und seine Bilder vom schwarzen Amerika
► S. 3

Familienbande

im Schatten der Mauer: Agnes Fazekas über das geteilte palästinensische Dorf Barta'a und seine Geschichte
► S. 12/13

Historikerstreit

um Ruanda: Dominic Johnson über die rivalisierenden Deutungen des Völkermords und die politischen Lager
► S. 14/15

Fahnder

im Dienst der US-Wirtschaft: Jean-Michel Quatrepoint über unfeine Mittel, die globale Konkurrenz auszuschalten
► S. 22/23

Kerry James Marshall



7 am Sunday Morning, 2003, Acryl auf Leinwand, 304 x 548 cm, © Kerry James Marshall (zum Künstler siehe Seite 3)

Balkanstaaten in der Warteschleife

von Norbert Mappes-Niediek

Mit ihrer jahrelangen Hinhaltepolitik fördert die EU autokratische Tendenzen in den Balkanstaaten. Aus kurzfristigen Interessen richten sich beide Seiten in einem gefährlichen Schwebzustand ein.

Sein Land brauche nun einen „Plan B“, sagte Premier Nikola Gruevski.

Dass der 3. April 2008 eine neue Spaltung Europas markierte, ist auch heute noch nicht vielen Leuten bewusst. Doch seither hat sich nicht nur die kleine Balkanrepublik Mazedonien nachhaltig verändert. „Freiheit und Toleranz und Friede“, wie Bush sie beschworen hatte, sind in der ganzen Region auf dem Rückzug. Mazedonien hat sogar den Weg in die Diktatur eingeschlagen, und wo er enden soll, wird sich erst in den nächsten Monaten entscheiden.

Die vorgezogene Parlamentswahl vom 11. Dezember, ermöglicht erst durch den massiven Druck der Europäischen Kommission und der wichtigsten EU-Staaten, hat die seit Anfang 2015 anhaltende Staatskrise nicht bereinigt. In dem kleinen Balkanland hat sich vielmehr ein neues autoritäres Herrschaftsmodell herausgebildet, das sich als zäh erweist, durch Interventionen aus Brüssel nicht zu knacken ist und zum Vorbild auch für Nachbarstaaten zu werden droht.

EU-Beitritt auf Eis gelegt

Die Zurückweisung auf dem Nato-Gipfel in Bukarest war kein einmaliger Akt und schon gar kein Betriebsunfall; sie hat die gewachsene Haltung Europas und des ganzen Westens gegenüber der Region nur sichtbar gemacht.

Seit elf Jahren ist Mazedonien offiziell EU-Beitrittskandidat. Seit sieben Jahren in Folge empfiehlt die EU-Kommission den EU-Mitgliedstaaten, endlich Beitrittsverhandlungen mit dem Land aufzunehmen. Aber immer wie-

der blockiert Griechenland wegen des alten Streits um den Staatsnamen¹ die nächsten Schritte Mazedoniens in Richtung EU und Nato. Weder die großen EU-Staaten noch die USA tun etwas, um diese griechische Blockade zu erschüttern. Die Enttäuschung am 3. April 2008 machte den Mazedoniern endgültig klar, dass es mit der „Integration in die euroatlantischen Strukturen“ so rasch nichts werden würde.

Das Nachbarland Kosovo hat sich 2008 erst für unabhängig erklärt, nachdem seine Besatzungsmächte, die USA sowie die EU-Staaten Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Italien, dafür grünes Licht gegeben hatten. Erst im Nachhinein stellte sich heraus, dass fünf EU-Mitglieder den neuen Staat nicht anerkennen würden. Bis heute ist das nicht geschehen.

Noch immer gilt für die 1,7 Millionen Kosovaren Vismpflicht in der Europäischen Union – während der 27-mal größeren Ukraine deren Aufhebung in Aussicht gestellt wird. Als dann noch Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bei seinem Amtsantritt alle Beitritts Hoffnungen für fünf Jahre aussetzte und seit die Niederländer per Volksabstimmung ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine abwehrten, ist die gesamte Südostweiterung der EU auf Eis gelegt.²

In Mazedonien erfolgte die Reaktion auf die Zurückweisung nach bekannten nationalistischen Mustern. Im Zentrum der jungen Ideologie steht die Bedrohung der kleinen Nation durch die „vier Wölfe“. Gemeint sind damit die Nachbarstaaten Serbien, Griechenland, Bulgarien und Albanien – eine

► Fortsetzung auf Seite 6

Blauhelme

Kleine Geschichte der UN-Friedensmissionen

von Sandra Szurek

Viele verbinden die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) vor allem mit ihren Friedensmissionen. Mehr als 100000 Polizisten, Soldaten und zivile Mitarbeiter sind aktuell im Rahmen von insgesamt 39 Operationen auf vier Kontinenten im Einsatz. Die Aufgabe von Friedensmissionen ist ebenso umfassend wie undankbar. Sie sehen sich harter Kritik ausgesetzt, und die Verfehlungen, insbesondere im Hinblick auf sexuellen Missbrauch und Korruption, sorgen zu Recht für Empörung.¹

Während es zwischen 1948 und 1988 lediglich 15 UN-Friedensmissionen gab, ist ihre Zahl seit dem Ende des Ost-West-Konflikts stark angestiegen: Bis 2015 wurden 56 weitere Friedenseinsätze durchgeführt – mit gemischter Bilanz.

Der sogenannte Brahimi-Bericht formulierte bereits im Jahr 2000 Reformmaßnahmen, mit denen die Wirkung der Missionen verbessert werden sollte.² Er empfahl klarere Mandate, eine bessere Anpassung der stark standardisierten Methoden auf das jeweilige Einsatzgebiet sowie eine engere Zusammenarbeit zwischen dem UNO-Hauptquartier in New York und den Einsatzkräften vor Ort.

Nur fünf Jahre später läuteten jedoch abermals die Alarmglocken. Ende 2014 hatte UN-Generalsekretär Ban Ki Moon eine unabhängige Expertengruppe, das High-Level Independent Panel on Peace Operations (Hippo), mit einer umfassenden Überprüfung der Friedensmissionen beauftragt. Seit im Juni 2015 veröffentlichter Bericht kommt zu einem deutlichen Ergebnis: „Die Regierungen und lokalen Organisationen im Osten wie im Westen, im globalen Norden wie im globalen Süden haben unserer Gruppe deutlich zu verstehen

gegeben, dass Veränderungen zwingend notwendig sind.“ Es gehe, so der Bericht, um nichts Geringeres als „die Glaubwürdigkeit, Legitimität und Relevanz der Vereinten Nationen in den kommenden Jahren“.³

Um diese alarmierende Diagnose zu verstehen, muss man einen Blick in die Vergangenheit werfen. In der UN-Charta von 1945 wurden die Blauhelmtuppen noch mit keinem Wort erwähnt. Erst Jahre später begann sich dieses Mittel zu etablieren: mit der Entsendung einer Beobachtermission nach Palästina im Jahr 1948 und vor allem mit der Aufstellung der United Nations Emergency Force (Unef) infolge der Suezkrise 1956. Seither variiert die Anzahl der Friedensmissionen, je nachdem wie groß das Einvernehmen zwischen den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats (USA, Russland, China, Vereinigtes Königreich und Frankreich) ist.

Während in Kapitel VI der UN-Charta die friedliche Beilegung von Streitigkeiten geregelt ist, beinhaltet Kapitel VII die bislang noch nie angewendete Möglichkeit, bewaffnete Streitkräfte bereitzustellen, die der Autorität des Sicherheitsrats unterstehen, sowie einen Generalstabsausschuss einzurichten. Die Friedensmissionen liegen zwischen diesen beiden Kapiteln – sie sind gewissermaßen ein Kapitel Via – und basieren auf drei Grundprinzipien: der Zustimmung des betreffenden Landes, der Neutralität der UN-Truppen sowie dem Gewaltverzicht der Blauhelme (außer in Notwehrsituationen).

Bis zum Ende des Kalten Kriegs bestanden die Friedenseinsätze ausschließlich aus friedenserhaltenden Missionen. Sie dienten als Pufferkräfte

► Fortsetzung auf Seite 10

ANZEIGE

REVOLUTIONÄR! Russische Avantgarde aus der Sammlung Vladimir Tsarenkov

11.12.2016 – 12.3.2017

400 Werke von 110 Künstlern 1907 – um 1930

Großzügig gefördert von:

Abb.: Alexander Deineka, Baseball, 1935, Vladimir Tsarenkov's Collection, London © VG Bild-Kunst, Bonn 2016

KUNSTSAMMLUNGEN CHEMNITZ Theaterplatz 1 | 09111 Chemnitz | kunstsammlungen-chemnitz.de